

zu beeinflussen vermochten.⁸⁰ Das Engagement der Bürgermeister Neff und vor allem Schmook, die sowohl untereinander wie auch über Landrat Bötticher mit den übergeordneten Behörden - häufig durch geheimen Schriftverkehr - in ständigem Kontakt standen, ermöglichte erst die politische Umsetzung des Vereinigungsgedankens. Die Demission des Saarbrücker Bürgermeisters und Vereinigungsgegners Feldmann war daher zum erfolgreichen Abschluß des Vereinigungsprojektes unumgänglich.⁸¹ Die Bürgermeister waren Dreh- und Angelpunkte zwischen Stadt und Staat, zwischen Politik und Verwaltung; ihre Parteinahme entschied in der Vereinigungsfrage über Erfolg oder Scheitern.

Mit den vorgestellten gesellschaftlichen und politischen Konstellationen sowie mit ihrem Verhältnis als selbstverwaltete Stadtwesen zum preußischen Interventionsstaat besaßen Malstatt-Burbach, Saarbrücken und St. Johann sicherlich Modellcharakter für das kaiserliche Deutschland. Der Ausschluß der zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppe, der Arbeiter, vom politischen Entscheidungsfindungsprozeß durch das restriktive kommunale Dreiklassenwahlrecht, die politische Rivalität von Zentrums- und Nationalliberaler Partei in den Stadtverordnetenversammlungen, die politische Allianz von Wirtschafts- und Staatseliten, die immense Bedeutung des Staates als Kommunalaufsichtsbehörde, aber auch das Phänomen der verspäteten Großstadtbildung⁸² in der Saarbrücker Städtevereinigung beleuchten beispielhaft städtische Realität in der preußischen Rheinprovinz im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Einzigartig im Kaiserreich blieb das historische Ereignis der Drei-Städte-Vereinigung, wobei drei unmittelbar aneinandergrenzende Gemeinwesen zuerst im Zuge einer industrialisierungsbedingten Expansionsperiode - komplementär, dabei aber funktional recht verschieden - zentralörtlichen Charakter gewannen, um sich dann erst als gleichberechtigte Teilstädte zu einer großstädtischen Verwaltungseinheit zusammenzuschließen. Mit der Städtevereinigung konstituierte sich ein regionales Wirtschafts- und Verwaltungszentrum, das sich deutlich von den anderen Stadtgemeinden des weiteren Umlandes abhob und nach der Herauslösung des Montanreviers aus dem deutschen Staatsverband infolge des Ersten Weltkrieges Hauptstadtfunktion übernehmen konnte.

⁸⁰ Lenger (Anm. 3), S. 132.

⁸¹ Vgl. StadtA SB, Best. SJ, Nr. 744, Pg. 134: Schreiben d. Regierungspräs. v. 13. Juli 1907 mit besonderer Kritik an der 'Durchsichtigkeit' der Verhältnisse im Saarbrücker Rathaus in Anspielung auf Presseberichte über Bürgermeister Feldmanns Haltung in der Vereinigungsfrage.

⁸² Vgl. u.a. Heinz Reif, Die verspätete Stadt Oberhausen. Stadtplanung, Stadtentwicklung und Bodennutzungsinteressen 1846-1929, in: Geschichte im Westen 1 (1986), S. 7-29.